



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Chiemseehof

(0662) 80 42 Durchwahl

Datum

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

2285

03. AUG. 1989

Betreff

wie umstehend

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landeregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landeregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
- ✓ 10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

BEIEM GESETZGEBUNG
ZI. 45-GE/1989
Datum: 9. AUG. 1989
Verf. 11. Aug. 1989
Dr. Hohmann

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Hueber
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1
1010 Wien

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

0/1-1120/2-1989

Chiemseehof

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

2285

Datum

3.8.1989

Betreff

Mag. Franzmair

Entwurf eines Holzkontrollgesetzes einschließlich Verordnungen;
Entwurf einer Forstschutzverordnung; Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 18.108/07-IC8/89

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetz- und
Verordnungsentwürfen nimmt das Amt der Salzburger Landesregie-
rung wie folgt Stellung:

Die im § 4 Abs. 2 des Entwurfes eines Holzkontrollgesetzes
vorgesehene Übertragung neuer Kontrollkompetenzen an die
Bezirksverwaltungsbehörde (Bezirksforstinspektion) wird gerade
im Land Salzburg auf Grund der hier situierten Industrieanlagen
(Holzindustrie Kaundl/Wals und Halleiner Papier AG/Hallein) zu
einem nicht unerheblichen Arbeitsmehraufwand und damit verbun-
den zu zusätzlichen Dienstposten (ca. 1 1/2) führen. Dieser zu
erwartende Arbeitsmehraufwand resultiert daraus, daß das zu
diesen Industriestandorten angelieferte Holz - erfahrungsgemäß
werden große Holzmenen vor allem aus der BRD importiert -
durch längere Lagerung im Wald meist mindere Qualität hat,
sodaß des öfteren rinden- und holzbrütende Insekten dieses Holz
befallen haben und bereits Larven dieser Forstschädlinge
entwickelt sind.

Es ist daher zu fordern, daß im Fall der Kontrolle gemäß § 4
Abs. 2 die vom Anmelder gemäß § 3 Abs. 6 zu entrichtende Gebühr

- 2 -

zumindest anteilig dem Land, daß diesfalls auch einen beträchtlichen Aufwand trägt, zugesprochen wird. Da jedoch mit diesen Gebühren eine Abgeltung der Kosten für den zusätzlichen Personalaufwand keineswegs sichergestellt ist, kann den gegenständlichen Entwürfen nur dann zugestimmt werden, wenn sich der Bund darüberhinaus bereit erklärt, dem Land den verbleibenden zusätzlichen Aufwand zur Gänze zu ersetzen.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber
Landesamtsdirektor